

Birgit Herdejürgen:

Neue Kita-Förderung sorgt für gerechtere Verteilung der Mittel

Statt der bisherigen Personalkostenförderung sollen die Kindertagesstätten künftig eine Förderung pro belegtem Platz erhalten. Die vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz erarbeiteten Vorschläge werden von der SPD-Landtagsfraktion ausdrücklich begrüßt. „Das Ministerium kommt mit diesem neuen Fördermodell unserer Aufforderung nach, bei der Verteilung der Mittel für mehr Gerechtigkeit und Transparenz zu sorgen“, resümiert die kinder- und jugendpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Birgit Herdejürgen. Die bisherige Förderpraxis habe regionale Ungleichgewichte nicht verhindern können. Von der neuen Regelung erwarte man nicht nur eine gerechtere Verteilung der Mittel im Lande, sondern auch einen geringeren Verwaltungsaufwand.

Gefördert werde nach einem differenzierten System, das auch Besonderheiten wie Behinderung von Kindern und Betreuungszeiten berücksichtige. „Dabei gehen wir von einer Regelbetreuung von sechs Stunden aus, um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten“, so Birgit Herdejürgen. Bestehende Standards wie Gruppengrößen blieben durch die Neuregelung unberührt. „Wir wünschen uns aber Anreize, die eine flexible, vielfältige und bedarfsgerechte Kita-Landschaft in Schleswig-Holstein sicherstellen.“

Als eine Konsequenz aus den Ergebnissen der PISA-Studie soll der Bildungsauftrag der Kitas mehr Aufmerksamkeit erhalten und seine Umsetzung in die Praxis gefördert werden. „Die Kinder sollen befähigt werden, ihr soziales Umfeld kennen zu lernen und zu nutzen, und sie sollen motorische, kognitive und soziale Fähigkeiten erwerben“, umreißt Birgit Herdejürgen den Bildungsauftrag der Kitas. Um diese Ziele zu erreichen,

soll der Spracherwerb gefördert werden, wobei man Kinder aus Migrantenfamilien oder aus sozialen Brennpunkten besonders berücksichtigen müsse. Zudem wolle man die Aus- und Fortbildung des pädagogischen Personals weiter verbessern und die Kooperation zwischen Kita und Schule voranbringen. „Mit diesen Maßnahmen können die Kinder adäquat auf den Schuleintritt vorbereitet werden“, erläutert die Abgeordnete. Ein vorgezogenes Grundschul- oder ein Vorschuljahr sei deshalb nicht notwendig.

(SIB)